

In der Ausgabe Mai (#9) des *Petersburger Dialogs* ist ein Beitrag des russischen Chefredakteurs dieser Zeitung Viktor Loschak erschienen: „Geisel der Hoffnung“. Anna Veronika Wendland, Forschungskordinatorin in der Direktion des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft in Marburg, wandte sich in einem Brief an die Redaktion, um Loschaks Vorwurf eines „Totalverbots der russischen Sprache“ in der Ukraine zu widersprechen. Wir dokumentieren ihr Schreiben – und die Antwort Viktor Loschaks.

Kein Totalverbot

VON ANNA VERONIKA WENDLAND

Ich habe in der jüngsten Ausgabe des *Petersburger Dialogs* den Artikel „Geisel der Hoffnung“ von Viktor Loschak über die Ukraine nach den Präsidentschaftswahlen gelesen. Nun kann man zu Recht die Frage stellen, ob die Ukraine und ihre inneren Angelegenheiten überhaupt ein Gegenstand der Kommunikation und Verständigung zwischen Deutschen und Russen, so auch im *PD*, sein sollten; diese Zeitung sollte ja eigentlich jene Dinge thematisieren, die Deutsche und Russen gemeinsam angehen.

Da der russisch-ukrainische Konflikt einer der wesentlichen Faktoren in der Verschlechterung unserer gegenseitigen Beziehungen ist, ist es akzeptabel. Nur sollten dann auch die Fakten stimmen, über die dort verhandelt wird.

Leider gibt es in dem Artikel einige nicht-zutreffende Aussagen, die meiner Auffassung nach so nicht stehenbleiben können und offensichtlich auf häufig kursierende Fehlinformationen über Angelegenheiten der ukrainischen Innenpolitik im öffentlichen Raum Russlands zurückzuführen sind. Ich zitiere:

„Selenskyjs neue Partei ist bisher nicht im Parlament vertreten, welches zuletzt ein Totalverbot der russischen Sprache verabschiedet hatte. Wie sich das mit der Tatsache verträgt, dass sogar offiziell ein Drittel der Bürger russischsprachig ist, bleibt unklar. Der erste Versuch nach den Ereignissen auf dem Maidan, ein solches Gesetz zu verabschieden, hatte Schießereien im Donbass zur Folge gehabt. Als das Gesetz wieder abgeschafft wurde, war es bereits zu spät.“

Dazu sind drei Dinge anzumerken:

1. Die Behauptung, es gebe ein gesetzliches „Totalverbot der russischen Sprache“ in der Ukraine, ist unwahr.

Vielmehr gibt es ein neues Sprachengesetz. Weder erstreckt sich das Gesetz auf den privaten Bereich (was der Begriff „Totalverbot“ insinuiert), noch fehlen in ihm Vorkehrungen für die Minderheitensprachen; das Gesetz sieht ferner eine staatliche Förderung des Erlernens der Staatssprache auch für Erwachsene vor. Es gibt zahlreiche Ausnahmen, und in der Regel ein- bis zweijährige Karenzzeiten für den Übergang. Im Bildungsbereich gibt es eine Karenzzeit bis 2030. Die Vorkehrungen für Staatsbedienstete, das öffentliche Leben, Medien und Kultur unterscheiden sich nicht von den Selbstverständlichkeiten anderer Länder, z. B. Deutschlands und Russlands.

Aus der Tatsache, dass infolge dieses Gesetzes auf die lange Sicht der Gebrauch des Ukrainischen im öffentlichen Raum erwartbar erweitert, der des Russischen zurückgehen wird, ist noch nicht abzuleiten, das Russische werde „verboten“. Die Maßnahmen zur Förderung der Staatssprache hat die Venedig-Kommission der EU unter Zugrundelegung der historisch spezifischen Situation der Ukraine, in der das Russische vor allem infolge eines imperialen Hegemonialverhältnisses jene Position erlangte, die es Stand 1991 hatte (und das im Wesentlichen erst seit der Breschnew-Zeit), auch als Recht der Staatsnation anerkannt.

2. Die Behauptung über die Ereignisse 2014 und einen ursächlichen Zusammenhang von „Sprachverbot“ und Donbass-Krieg sind gänzlich unzutreffend und die 1:1-Wiederholung einer russischen Geschichtslüge über die damaligen Ereignisse. Wahr ist vielmehr, dass Stand Februar 2014 in der Ukraine ein äußerst umstrittenes, die russische Sprache de facto sogar vor anderen Minderheitensprachen privilegierendes Gesetz („Zakon Kivalova-Kolisnickenka“) in Kraft war, das unter der Regierung Janukowitsch gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt worden war. Kritiker monierten, dass es Verwerfungen zwischen ukrainisch- und russischsprachigen Ukrainern erst provoziere, weil es jeden Anreiz nehme, je die Staatssprache zu erlernen, und so Disbalancen im Land aufrechterhalte.

Wahr ist, dass es einen Beschluss der Rada gab, dem ukrainischen Parlament, dieses Gesetz abzuschaffen – was aber automatisch das sowjetukrainische Sprachengesetz von 1989 wieder in Kraft gesetzt hätte, das ebenfalls weit gefasste Rechte für Minderheitensprachen vor-

sah, also in keiner Weise einem Verbot des Russischen gleichgekommen wäre.

Dazu kam es aber gar nicht, weil der Übergangspräsident Turtschynow die Vorlage nicht unterzeichnete. Es gab also nie ein „Verbot der russischen Sprache“, selbst nach dem Maidan nicht – sondern bis in dieses Jahr 2019 blieb das Kivalov-Kolisnickenko-Gesetz in Kraft, das das Russische förderte. Folglich konnte auch kein „Verbots“-Gesetz „wieder abgeschafft“ werden, „als es zu spät war“, wie Viktor Loschak behauptet.

3. Auch die angebliche Kausalität, die Loschak dort anbringt (erst „Sprachverbot“,



Wer bestimmt, was Kinder lernen – und in welcher Sprache? Ukrainische Jungen und Mädchen am ersten Schultag

dann „Schießereien im Donbass“), ist eine Geschichtsklitterung. Vielmehr hat das – gar nicht existierende – „Sprachverbot“ allenfalls in einer Umformatierung durch die russische Angstpropaganda über ein angebliches „Sprachverbot“ den Konflikt mit gerahmt; Ursache der „Schießereien“ im Donbass ist jedoch eindeutig belegbar die aktive Injektion von Gewalt durch Außenakteure von russischem Boden aus – teilweise Söldnertrupps unter Igor Girkin et al., immer stärker dann auch verdeckt und ohne Hoheitsabzeichen operierende russische Armee.

Ich finde es als Historikerin, Kennerin der russisch-ukrainischen Beziehungen, Mitglied der deutsch-ukrainischen Historikerkommission und Mitglied des Gesprächsforums „Petersburger Dialog“ höchst bedauerlich, dass auch in diesem Umfeld solche Darstellungsformen kursieren. Ich sehe keinerlei Perspektive darin, das deutsch-russische Verhältnis auf dem Umweg über verzerrte Darstellungen von Sachverhalten betreffs der Ukraine, die in diesem Konflikt das angegriffene Land war und ist, irgendwie zum Besseren hin zu gestalten.

Wohlgemerkt gibt es gut begründete Kritik an vergangenen und gegenwärtigen Regierungen der Ukraine. Man kann auch eine konstruktive Kritik an dem jetzt geltenden Sprachengesetz vorbringen oder dem vorigen Gesetz den Vorzug geben. Aber das sollte in einem deutsch-ukrainischen oder einem russisch-ukrainischen Forum verhandelt werden, und nicht in einem deutsch-russischen. Die Ukraine ist keine Funktion des deutsch-russischen Verhältnisses, und Angelegenheiten der Ukraine haben wir alle zuvorderst mit den *Ukrainern* zu diskutieren.

Solche Formen der Berichterstattung hinterlassen in der Ukraine stets den Beigeschmack einer intellektuellen Molotov-Ribbentropiade, und diesen Eindruck wollen wir ja sicherlich nicht fördern.

9D

Verdrehte Zungen

VON VIKTOR LOSCHAK

In vierzig Jahren journalistischer Praxis ist mir nur eine einzige Organisation begegnet, die genau wusste, was man schreiben darf und was nicht. Sie hieß KPdSU. Immerhin versagen Sie, liebe Frau Wendland, uns nicht völlig das Recht, über die Ukraine zu schreiben, weil der russisch-ukrainische Konflikt die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland doch wesentlich verschlechtert hat. Und das ist unstrittig.

Ich gestehe zu, dass ich bei der Antwort an Sie ein gewisses Unbehagen empfinde. Wir haben sehr unterschiedliche Sichtweisen auf das Land, das ich liebe, und sehr unterschiedliche Erfahrungsmaßstäbe. Sie sind, wie Sie schreiben, „Historikerin,

jetzt ist unsere Zeit gekommen. Das kürzlich von der Rada, dem ukrainischen Parlament, verabschiedete Sprachengesetz, das Ihnen so gefällt, das ist eben diese „Zeit“.

Für mich aber käme ein Verbot des Russischen in der alltäglichen Kommunikation einem „Totalverbot“ gleich. Für eine riesigen Teil des Landes, und zwar den ökonomisch am besten entwickelten, ist Russisch ganz einfach die Muttersprache.

Es hat eine Russifizierung gegeben, jetzt ist daraus eine Ukrainisierung geworden. Finden Sie, das ist in irgendeiner Weise besser für die Menschen, die am linken Ufer des Dnepr leben? Der russischsprachigen Welt der Ukraine, Millionen von Menschen, wird eine fremde Kultur aufgezwungen.

Es ist paradox, dass auf den Ruinen der UdSSR ein jeder, der im Chefzimmer des Landes Platz nimmt, entscheiden kann, in welcher Sprache Millionen von Bürgern ihre Kinder erziehen sollen, in welcher Sprache sie lesen und denken sollen. Diejenigen, welche die Ukraine aus der UdSSR auf den demokratischen Weg bringen sollen, waren immer der Meinung, dass man in Europa die ausgewogensten, sozial am besten abgestimmten Entscheidungen treffe. Sogar die ersten Jahre unter Putin waren noch eine Zeit der Europaverliebtheit, speziell der Deutschlandverliebtheit.

Seitdem verstehen wir, Russen, Ukrainer und Europäer, einander immer weniger, unsere Wertvorstellungen und Lösungsansätze sind auseinandergedriftet. Wer kann mir erklären, warum Europa all diese sprachlichen Verwirrungen, verdrehten Arme und Zungen von Millionen von Menschen in der Ukraine akzeptiert, nur um den Preis einer einheitlichen Staatsmaschine? Warum orientiert man sich an dem monosprachlichen Frankreich oder an Deutschland und nicht an Kanada oder Belgien, wo man der Verbreitung zweier Sprachen Rechnung trägt, was ja zweifellos auch für die Ukraine sinnvoll wäre?

Sie haben es leichter, Sie sind fest davon überzeugt, dass die „Ursache der Schießereien“ im Donbass „eindeutig belegbar die aktive Injektion von Gewalt durch Außenakteure von russischem Boden aus“ ist. Meiner Ansicht nach ist alles noch schwieriger und schlimmer: Die Folgen von Girkins „Schurkenstück“, der in Moskau geborenen Theorie des „russischen Frühlings“ in der Ukraine, der Schüsse der Buk-Raketen (wenn es den Holländern gelingt, ihre russische Herkunft zu beweisen), werden die kommenden Generationen unserer Bürger und Politiker ausbaden müssen.

Paradoxerweise schweift die Empörung über dieses Verhalten Russlands die Ost- und Westukraine viel mehr zusammen als sämtliche Gesetze und Almosen. Sie aber, Frau Wendland, bei allem Respekt vor Ihnen als Expertin, werden niemals wirklich einschätzen können, was dort geschehen ist, weil Sie nicht verstehen, dass es sich trotz aller russischen „Soldaten auf Urlaub“ um einen Bürgerkrieg handelt; dass für den Kumpel im Donbass die Wahrscheinlichkeit, in einem alten Schacht umzukommen oder im Krieg ungefähr gleich ist; dass die historische Bedeutung des großen Vaterländischen Kriegs die Grenze ist, die man im Umgang mit den Russen (oder mit den Russischsprachigen, wenn Sie so wollen) nicht überschreiten sollte; diese Bogenlehne des Nationalismus darf man nicht unbegrenzt dehnen.

Begonnen hat man damit unter anderem durch die parlamentarische Diskussion über das Verbot der russischen Sprache nach den Ereignissen auf dem Maidan. Dieses Gesetz wurde in der Tat nicht verabschiedet, aber ich habe den Eindruck, dass schon die Beratung darüber zu einem der Zündmechanismen des Kriegs wurde.

Anders als Ihnen fällt es mir schwer, Schwarz und Weiß in diesem Konflikt auseinanderzuhalten, einem Konflikt, der sich so tragisch gegen die russische Sprache und ihre Träger gewendet hat. Sie mögen dies der Tatsache zuschreiben, dass ich lange in Odessa gelebt habe, wo Nationalisten 38 Menschen im Gewerkschaftshaus verbrannten, wobei man heute, vier Jahre später, nicht über die zu Gericht sitzt, die das Feuer legten, die in den sozialen Netzwerken ihre Fotos vor dem Hintergrund verkohlter Leichen posten, sondern über die, die nicht mitverbrannt sind.

Ich möchte Sie in Ihrem beschaulichen Marburg nicht mit diesen Details behelligen, zumal Sie sehr gut wissen, worüber man mit den Russen reden muss und worüber mit den Ukrainern. Ich selbst, wie Sie sehen, komme mit dieser Trennung nur schlecht zurecht.

9D